

Klaus J. Bade: Extremismusbekämpfung und Integration gehen Hand in Hand

Deutsch Türkische Nachrichten | Veröffentlicht: 25.05.13,
18:07

Der Berliner Migrationsforscher Klaus J. Bade ist der Auffassung, dass die Einberufung eines Extremismusbeauftragten in das Bundeskanzleramt wichtig sei für den Integrationsprozess. Denn sowohl rechte Kulturrassisten als auch islamische Fundamentalisten, versuchen jenen Prozess zu torpedieren.

Im Rahmen der Debatte um den Islam und die Integration von Einwanderern schüren kulturrassistische Gruppierungen und islamische Fundamentalisten die Angst der Bürger voreinander. Eine „intentionale Allianz“ zwischen beiden Lagern sei zu erkennen. Deshalb sei „der im Bundesjustizministerium entwickelte Gedanke, neben der Integrationsbeauftragten im Bundeskanzleramt die Stelle eines Extremismusbeauftragten einzurichten“ ein Schritt in die richtige Richtung, sagt der Migrationsforscher Klaus J. Bade im Gespräch mit MIGAZIN.

So biete sich neben Integrationsbemühungen auch die Möglichkeit, „extremistisch-sozialparanoide“ Vorstellungen zu bekämpfen. Diese beiden Komponenten seien in der DIK nicht genügend berücksichtigt worden. Dabei stellen beide Phänomene eine „existentielle Gefahr“ für die Einwanderungsgesellschaft dar. In diesem Sinne liegen die Erkenntnisse der DIK weit hinter dem „einschlägigen Erkenntnisstand“.

Zuvor hatten mehrere Vertreter der islamischen Verbände in Deutschland die Fokussierung der DIK auf die alleinige Bekämpfung des Islamismus kritisiert. Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), Kenan Kolat, sagte im Gespräch mit der tagesschau, dass die DIK so „keinen Sinn“ mehr mache. Sie verkomme zu einer Sicherheitskonferenz. Doch die große Mehrheit der Muslime, habe nichts mit Extremismus zu tun.

Der deutsche Bundesinnenminister Friedrich steht hier ganz besonders in der Kritik (mehr hier). Die Islamkonferenz stand von Beginn an unter keinem guten Stern. „Wir gingen am Anfang der Islamkonferenz einen Dialogprozess ein, der am Ende in eine ‚Vermisst-Kampagne‘ und Sicherheitsdebatte mündete. Ein weiteres Kuriosum war, dass wir als muslimische Gemeinschaften Bücherverboten zustimmen sollten. Von einem Dialog auf Augenhöhe kann keine Rede mehr sein“, zitiert das MIGAZIN einen muslimischen Verbandsvertreter.